



Bearbeitet von: Herrn Martin
Durchwahl: 0511 3030-2173
Mein Zeichen: II/740 - 0103 - 01/10
(Einl-048-Si-Go)
E-Mail: bjoern.martin@lt.niedersachsen.de*

28. Januar 2021

48. Sitzung
des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten
und Regionale Entwicklung
Donnerstag, den 4. Februar 2021, 14.00 Uhr

Hannover, Landtagsgebäude
Hannah-Arendt-Platz 1

- Leibniz-Saal -

Hinweise: - Zur Abstandswahrung wird darum gebeten, die Größe des Raumes auszunutzen.

- Die Vorsitzende lässt mitteilen, dass die Möglichkeit eingeräumt wird, an der Ausschusssitzung mittels Videokonferenztechnik teilzunehmen (§ 97 a GO LT).

Sie bittet dazu um Vorabmitteilung an die Landtagsverwaltung seitens der Ausschussmitglieder, die beabsichtigen, mittels Videokonferenztechnik an der Sitzung teilzunehmen.

Tagesordnung:

1. [Internationale Zusammenarbeit in der Krise aufrechterhalten - neue Wege des Austauschs mit Niedersachsens Partnerregionen](#)

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/8343](#)

- Erste Beratung: 96. Sitzung am 27.01.2021
- AfBuEuR

hier: Aufnahme der Beratung und Klärung von Verfahrensfragen

- TOP 2 -

2. **Gesellschaftliche Bedeutung der Innenstädte stärken**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/7549

- Erste Beratung: 86. Sitzung am 07.10.2020
- federführend: AfWAVuD; mitberatend gem. § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT:
AfUEBuK, AfBuEuR

hier: Durchführung der Mitberatung

Hinweis:

*Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung hatte in seiner 60. Sitzung am 6. November 2020 den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung um eine Stellungnahme zu den seine Zuständigkeit berührenden Punkten gebeten. Er tat dies vorbehaltlich der Vorlage einer schriftlichen Unterrichtung der Landesregierung dazu, die zwischenzeitlich als **Vorlage 1** zur Drucksache verteilt wurde. Siehe hierzu auch E-Mail der Landtagsverwaltung vom 9. November 2020.*

3. **EU-Angelegenheiten**

- a) **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Bundesratsdrucksache 648/20**: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Single-Window-Umgebung der Europäischen Union für den Zoll und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013; COM(2020) 673 final

Hinweis:

Der Ausschuss bat in seiner Sitzung am 19. November 2020 um nähere Unterrichtung zu Beginn des Jahres 2021 nach Abschluss der kommissionsseitigen Konsultation zum Vorschlag für ein europäisches Lieferkettengesetz.

- b) **Unterrichtung durch die Landesregierung über die**

Bundesratsdrucksache 759/20: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Änderung der Richtlinien für 2006/43/EC, 2009/65/EC, 2009/138/EU, 2011/61/EU, EU/2013/36, 2014/65/EU, (EU) 2015/2366 und EU/2016/2341 zur Umsetzung der neuen Strategie für ein digitales Finanzwesen, COM (2020) 596 final

und

- Bundesratsdrucksache 768/20: -

Bundratsdrucksache 768/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Betriebsstabilität digitaler Systeme des Finanzsektors und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009, (EU) Nr. 648/2012, (EU) Nr. 600/2014 und (EU) Nr. 909/2014, COM (2020) 595 final

Hinweis:

Der Ausschuss nahm in seiner Sitzung am 14. Januar 2021 zu den Bundesratsdrucksachen 759/20 und 768/20 kurze Unterrichtungen durch die Landesregierung entgegen und bat diese, ihn zu der nächsten Sitzung am 4. Februar 2021 - insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf das Steuerberaterwesen - schriftlich zu diesen Bundesratsdrucksachen zu unterrichten. Gegebenenfalls sich aus dieser schriftlichen Unterrichtung ergebenden Fragen sollen der Landesregierung dann zur Beantwortung zugeleitet werden.

4. Berichte über Frühwarndokumente

5. Terminangelegenheiten

Eingeladen werden:

Mitglieder des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Abg. Frau Tippelt – als Vorsitzende des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung zu TOP 2

Kenntnis erhalten:

Präsidentin des Landtages
Fraktionen
Staatskanzlei und sämtliche Ministerien
Präsidentin des Landesrechnungshofs

Im Auftrag
Martin